

**Johannes Rauch . Rebengasse 7 . 6830 Rankweil**

e-post: [johannes.rauch@vol.at](mailto:johannes.rauch@vol.at)

An die  
Staatsanwaltschaft Wien  
Landesgerichtsstraße 11  
1080 W i e n

14. Dezember 2009

**Betr:** Sachverhaltsdarstellung wegen mutmaßlicher Schädigung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler

### **Begründung und Sachverhalt:**

Die Republik Österreich, vertreten durch den Herrn Finanzminister Josef Pröll, hat im Zuge der Verhandlungen zur Rettung der Hypo Alpe Adria Bank vor einer drohenden Insolvenz zugesagt, 450 Millionen Euro aus Bundesmitteln beizusteuern. Gleichzeitig hat sich das Bundesland Kärnten verpflichtet, lediglich 200 Millionen Euro dafür aufzubringen. Nachdem die Hypo Alpe Adria nunmehr de facto verstaatlicht ist, also der Republik Österreich gehört, wandern damit auch alle bekannten und noch nicht bekannten Risiken an die Republik Österreich.

Durch die Zusagen im Zusammenhang mit der Rettung der Hypo Alpe Adria Bank wird das Budget des Bundes, das aufgrund der Wirtschaftskrise und vorangegangener Maßnahmen zur Stützung des Bankensektors und der Konjunktur bereits äußerst angespannt ist, weiter belastet.

Wie sich nun herausstellt, hat sich das Bundesland Kärnten geweigert, die Mittel aus dem „Zukunftsfonds“ – rund 500 Millionen Euro - zur Schadensbewältigung einzubringen. Geld, das aus dem seinerzeitigen Verkauf der Hypo Bank an die Bayern LB stammt. Das heißt nichts anderes, als dass der Finanzminister der Republik Österreich akzeptiert hat, dass das Bundesland Kärnten zwar die 18 Milliarden schwere Haftung für die Hypo Alpe Adria abgeben kann und, mit Ausnahme eines Beitrages von 200 Millionen Euro, alle Verpflichtungen und Belastungen im Zusammenhang mit den Verlustgeschäften der Hypo Alpe Adria Bank an die Republik Österreich abtritt, aber im Gegenzug den noch vorhandenen Verkaufserlös für die Bank einbringen muss.

Weil ich als Steuerzahler davon ausgehe, dass die Republik Österreich die immensen Kosten für diesen „Deal“ mit Steuergeldern finanzieren wird, und, aufgrund der Budgetsituation, damit andere, dringende Aufgaben wie zum Beispiel die Finanzierung der Universitäten (und des Bildungswesens insgesamt), des Gesundheitswesens, der Pflege, Infrastrukturprojekte oder Maßnahmen zur Umsetzung der Klimaschutzziele nicht im

erforderlichen Ausmaß wahrnehmen kann, steht zu befürchten, dass mir damit als Steuerzahler ein Schaden erwächst.

Es ergeht daher die Aufforderung an die Staatsanwaltschaft, zu prüfen, inwieweit die Tatsache, dass seitens des Finanzministers die unzureichende Beteiligung des Bundeslandes Kärnten an der Abwendung einer Insolvenz der Hypo Alpe Adria Bank, insbesondere durch die Verweigerung der Einbringung der Mittel aus dem Kärntner Zukunftsfonds in der Höhe von 500 Millionen Euro akzeptiert wurde, einen Schaden für mich als Steuerzahler nach sich zieht und somit eine grob fahrlässige Handlung darstellt.

Es ergeht weiters die Aufforderung zu prüfen, inwieweit die Weigerung der Kärntner Landesregierung, vertreten durch den Landeshauptmann Gerhard Dörfler, die Mittel aus dem Kärntner Zukunftsfonds in der Höhe von 500 Millionen Euro für die Abwendung der Insolvenz der Hypo Alpe Adria Bank bereitzustellen einen Schaden für mich als Steuerzahler nach sich zieht und einen unzulässigen und widerrechtlichen Ausstieg aus der Haftung des Bundeslandes Kärnten darstellt.

Stellvertretend für weitere Steuerzahlerinnen und Steuerzahler:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. Rauch', written in a cursive style.

Johannes Rauch